

19. FEB 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/KVII/42 - 19. Februar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Kur. schnelle Hilfe !</u> Es gibt noch Solidarität in unserem Volk Von Franz Barsig	48
2 - 3	<u>Die Elemente sind nicht gebändigt</u> Zur Flutkatastrophe im deutschen Norden	40
3	<u>Der Tradition verhaftet, dem Neuen aufgetan</u> Zum Ende von Adolf Ludwig	23
4 - 5	<u>Der Irrtum Chruschtschows</u> Zur Nerven- und Nadelstichpolitik gegen Westberlin	30
6 - 7	<u>Es kriselt in der Koalition</u> Auf der Suche nach Geld für die Milch	62

* * *

* * *

Um schnelle Hilfe!

Es gibt noch Solidarität in unserem Volk

Von Franz Barsig

Das erste Wort der Anteilnahme gehört den Angehörigen der Opfer, die die Naturkatastrophe in Norddeutschland gefordert hat. Noch kennt niemand die genaue Zahl, aber Hunderte von Kindern werden wieder ohne Vater oder Mutter sein, man wird den Gärten beklagen und Eltern werden um ihre Kinder trauern.

Zu dieser Trauer ist ein ganzes Volk verpflichtet, wenn es eine Nation und eine Gemeinschaft sein will. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung fühlt mit, aber leider gibt es auch immer wieder Beispiele von Gedanken- und Herzlosigkeit, denn wie kann man an diesem Tage, wie es geschehen ist, randalieren, nur weil ein Jazz-Konzert ausfallen mußte.

Das zweite Wort ist ein Wort des Dankes, an alle die, die - weil sie ihr Beruf dazu verpflichtet, oder weil sie freiwillig gekommen sind - geholfen haben. Sie alle haben in den schweren Stunden Übermenschliches geleistet. Die Polizei, die Feuerwehrmänner, die Helfer des Roten Kreuzes und des Technischen Hilfswerkes und nicht zuletzt die Männer der Bundeswehr, die in diesen Tagen die Worte von Staatsbürger in Uniform in einem anderen Sinne, als man es sonst gebraucht, wirklich wahrgemacht haben.

Das dritte Wort muß ein Appell an die Hilfsbereitschaft des ganzen Volkes sein, denn der Staat allein wird nicht alles schaffen können. Es gab schon in den letzten 48 Stunden so viele Beweise von spontaner Hilfe, daß manche keinen weiteren Appelle erübrigten sich. Aber wir Menschen vergessen zu schnell. Wir sind bereit, im Augenblick der Katastrophe mitzufühlen und mitzuhelfen und vergessen zu leicht, daß die Betroffenen auch noch nach Monaten zu leiden haben.

Das vierte Wort bezieht sich auf die Frage, wie es dazu kommen konnte, aber hier sollte man zunächst schweigen und lieber praktisch helfen. Es wäre so leicht, daran zu erinnern, daß die Mittel für den Küstenschutz immer unzureichend waren, aber keiner der Toten wird davon leben. Die Politik aber wird später vor die Frage gestellt werden, ob sie alles getan hat und was sie tun kann, um eine Wiederholung zu vermeiden, wanngleich es sich immer zeigt, daß der menschlichen Einsicht und der menschlichen Vorsorge Grenzen gesetzt sind.

Das letzte Wort aber sei für die aufgespart, die da meinen, sie könnten an keiner menschlichen Tragödie vorbeigehen, ohne auf ihre Netzwerde zu verzichten. Sind es nicht erbärmliche Deutsche, die im Glaspalast der SED im Ostsektor von Berlin sitzen und die nichts besseres zu sagen wissen, als das, daß die Verantwortliche in der Bundesrepublik die Schuld an der Naturkatastrophe trägt? Nur das hörten wir von ihnen, kein Wort des Mitleids und der Trauer und während sie sonst, wenn es sich politisch auszahlen soll, sofort mit Hilfsangeboten zur Stelle waren, hatten sie diesmal nur eine schöne Propagandaformel auf Lager.

Die Sozialdemokratische Partei trauert um die Menschen, die ihr Leben lassen mußten. Sie wird soweit es in ihren Kräften steht Hilfe leisten, um das schwere Schicksal der Betroffenen zu mildern. Wir alle sind betroffen worden, wir alle müssen helfen.

Die Elemente sind nicht gebändigt

K.M. An der Saar, hunderte Meter tief, zerreißen die schlagenden Wetter alles, was der Mensch da unten gebaut hat. Da war es die Erde.

In deutscher Norden, von der holländischen bis zur dänischen Grenze, wüthet die Flut. Sturmflut. Orkan. Diesmal sind es Wasser und Luft.

Wasser und Feuer, Erde und Luft, - so sind die vier Elemente der antiken Naturbetrachtung. Haben wir sie nicht abgeschafft? Sind wir nicht längst über kindliche Vorstellungen wie diese hinaus?

Die Bäume reißen, ganze Provinzen stehen unter Wasser. Die Nachrichten jagen sich. Wollene Decken werden gebraucht. Gezerrte Menschen, irrend wo in einer Schule, sitzen seit dreissig Stunden in ihren durchlässigen Kleidern herum. Die Bäcker wollen noch am Abend in die Werkstätten kommen. Eine Großstadt, eine Weltstadt gerät aus den Fugen. Kein Trinkwasser, kein Licht, kein Gas. Hier und dort bricht der Verkehr zusammen.

Die Menschen, die weit weg von Schauplatz dieser Dinge wohnen, haben das eine wie das andere gehört. Katastrophe über Katastrophe. Es geschieht so viel in diesen Tagen. Es wird so viel geflüstert. Die Menschen sehen sich an und fragen: Um Gottes willen, was ist los?

Die Elemente sind los. Sie beweisen uns von Zeit zu Zeit, dass sie nicht gebändigt sind, nicht so ganz und gar. Die Frage: was ist los? - diese Frage ist völlig fern am Platze. Es ist ein Verlangen nach Erklärung, wo nichts zu erklären ist. Wären die Dämonen zwanzig Zentimeter höher gewesen, so hätten sie vielleicht gehalten, und es wäre nicht geschehen, was geschehen ist. Aber wir wissen es nicht. Die Fachleute wissen es.

Überschwemmungen? Die gibt es am Jangtsekiang. Es tut uns nichts. Voh. - Orkane? die gibt es bei den Philippinen. Es tut uns nichts wohl. Erdbeben und Erdstöße? Das soll in Peru vorkommen, und dann verschwinden plötzlich dreihundert Menschen, die eben noch da waren. Gewiss, es tut uns leid.

Jetzt hat es uns getroffen. Es hat schrecklich und hart getroffen. Mitteleuropa wird behauptet, dass es Sonderabmachungen mit den Elementen nicht gibt und nicht geben kann. Vor neun Jahren war es Holland. Wir können alle an die Reihe kommen.

Was soll werden? Die Welt wird weiter bestehen. Es ist eine arbeitsteilige Welt. Also werden Fachleute kommen und sich den Schaden ansehen. Sie werden, möglicherweise, sagen: die Dämme sollten höher werden. Dann werden überall an der Nordseeküste die Dämme aufgeschüttet werden. Dann wird es wieder gehen. Vielleicht fünfzig Jahre. Vielleicht hundert Jahre.

In der Welt, die wir uns eingerichtet haben, muss der alte dem neuen vertrauen. Das ist das Wesen und das Schicksal der arbeitsteiligen Welt. Vertrauen ist ihr Merkmal. Eine Welt der Vollkommenheit werden wir niemals haben. Aber auch so gesehen ist sie nicht arm und nicht leer.

+ + +

Der Tradition verhaftet, dem Neuen aufgetan

sp - Ein plötzlicher Hirschlag hat dem Leben des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und langjährigen Vorsitzenden des Landesverbandes der SPD Rheinland-Pfalz, Adolf Ludwig, im 70. Lebensjahr ein Ende gesetzt. Noch an gleichen Tage hatte dieser von politischer Aktivität spritzende Mann an einer kommunalpolitischen Konferenz teilgenommen. Er sollte, so bestimmte es das Schicksal, das Ende dieses Tages nicht mehr erleben.

Adolf Ludwig gehörte, von kurzer Unterbrechung abgesehen, dem Bundestag seit 1949 an. Er zählte zur alten Garde der Deutschen Sozialdemokratie, der Tradition verhaftet, aber auch dem Neuen aufgetan. Die letzten Jahre seines Lebens widmete er mit besonderer Intensität der Förderung des Europageankens.

Ludwig konnte einen grossen Schatz politischer Erfahrungen aufweisen. Sein Temperament und seine Liebe zur Heimat brachten den Präfekturbeamten nach dem ersten Weltkrieg in Konflikt mit der damaligen französischen Besatzungsmacht, die eine Zeitlang die Separatisten förderte. Ausweisung nach Heidelberg war die Folge. Seine Stadt erkannte ihn vor 1953 in der bayerischen Landtag, wo er durch seine unerbittliche Gegnerschaft zur Nationalsozialismus auftrat. Die Vordenker Deutschlands sorgten ihn zur Emigration. Nach seiner Rückkehr setzte er seine ganze Kraft für den Wiederaufbau der Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz ein.

Viele, die seine politische Gegner waren, trauern mit uns um diesen Mann, der auch in schweren Zeiten sich selbst treu geblieben ist.

+ + +

Der Irrtum Chruschtschows

Der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow hat in einem Gespräch mit seinem Außenminister, dessen Land der NATO angehört, ihn danachgefragt, weshalb seine Regierung für die Freiheit Westberlins eintrete, denn diese Stadt sei ohnehin zum Sterben verurteilt. Seine Regierung vertrate damit eine verlorene Sache. Sei eine solche Haltung nicht töricht? Die Westmächte geben sich dazu her, so führte Chruschtschow weiter aus, die Mächter für einen Leichnam zu stellen.

Diese Äusserungen Chruschtschows haben zu den verschiedensten Deutungen Anlass gegeben, unter anderem auch zu der, die Sowjetunion wolle den Tod Westberlins gewaltsam herbeiführen, und wer sich dagegen stelle, müsse mit der Gegnerschaft Moskaus rechnen. Das wäre, hätte das zu eine Kriegserklärung, dazu bestimmt, das Gefühl der Solidarität für Westberlin zu untergraben und den Verteidigungswillen gewisser NATO-Staaten zu schwächen.

Aber auch eine andere Deutung - und die ist wohl die realistischere - zwingt sich bei dieser ominösen Bemerkung Chruschtschows auf. Der sowjetische Ministerpräsident gehe von der Erwartung aus, seine Nervenzünd- und Nadelstichpolitik gegen Westberlin werde allgemeine Unsicherheit in der Bundesrepublik auslösen, die Moral der Berliner im Kern treffen und den Willen der Deutschen, zu ihrer bedrängten Hauptstadt zu stehen, erlahmen lassen. In der besagten Unterredung mit dem Außenminister hat te sich Chruschtschow als Beweis für seine pessimistische Prognose der Zukunftsbeurteilung Westberlins auf westliche Zeitungsberichte berufen, aus denen nach seiner Meinung hervorging, die Westberliner selbst hätten den Glauben an ihre Selbstbehauptung verloren, sie seien von aller Welt verlassen.

Diese Rechnung Chruschtschows weist schwere Lücken auf. Sie entspricht nicht der tatsächlichen Entwicklung. Der Herr des Kreml gibt sich hier Illusionen hin. Die Westberliner haben gar nicht den Ehrgeiz, durch Untätigkeit und Passivität ihr Grab, auf das Chruschtschow wartet, selbst zu schaufeln; dagegen wehrt sich ihr durch die bessere Bekämpfung stärker entfachteter Lebenswille. Sie haben grossartige, durch Kühnheit und Wagemut bestehende Pläne, ihre Stadt unter dem Motto: Nun erst recht! - zu einem geistigen, politischen, kulturellen und industriellen Zentrum zu machen. Es goldtet sie gar nicht daran, zur Erfüllung Chruschtschowscher Spekulationen beizutragen. Sie spüren in sich selbst die Kraft zum Widerstand, eine Kraft, die sie in schweren und düsteren Zeiten beflügelt, Moskaus Herausforderungen, wie etwa die der Blockade, Widerstand zu bieten.

Der sowjetische Ministerpräsident wenne, dass er sein Ziel aus erreichen kann, würde es ihm gelängen, die Bande zwischen Berlin und der Bundesrepublik zu lockern oder sie gar aufzulösen. Eine uninteressante und gleichgültige Bundesrepublik könne ihm gelegen. Genau hier liegt der Punkt, den derzeitiger Herrscher der russischen Politik zu beweisen, dass er sich gründlich täuscht und er hier auf eine geschlossene Phalanx der Abwehr stösst. Anders ausgedrückt: Wer Berlin bedroht, es als deutsche Hauptstadt der Geschichtsbewusstheit

19. Februar 1962

überantworten will, kann niemals hoffen, mit dem ganzen deutschen Volk zu einem Verhältnis freundschaftlicher Beziehungen zu kommen. Berlin und Deutschland sind ein Ganzes, müssen es bleiben.

Vielleicht glaubt Moskau, diese innere Verbundenheit zwischen Bundesrepublik und Berlin zerstören zu können, vielleicht gibt es sich der - trügerischen - Hoffnung hin, das deutsche Volk sei nicht mehr fähig, sich als Nation zu erhalten. An uns allen liegt es, in dieser Hinsicht die Männer des Kreaml eines Besseren zu belehren. Nicht ohne Eindruck dürfte es auf sie bleiben, dass der freie Teil Deutschlands, eben die Bundesrepublik, alles tun wird, um die Lebensfähigkeit Westberlins zu erhalten und dafür kein Opfer zu groß ist. Dazu bedarf es überzeugender Beweise. Nicht mehr darf Westberlin als Bittgänger an Bonns Türen erscheinen, die Schicksalsverbundenheit zwischen Rhein und Spree muss sichtbarer und eindeutiger in Erscheinung treten; Zögerlichkeit und Wankelmut haben zu verschwinden. Jede Mark, für Berlin gegeben, stärkt den Wall, der uns alle schützt, jede Aktion, die für die Unterstützung Berlins erfolgt, bekundet den Willen unserer Nation, ein Ganzes zu bleiben, uns nicht atomisieren zu lassen.

Was wir in Berlin an geistigen, politischen und materiellen Kapital investieren, wird in der Zukunft reiche Früchte tragen. Diese Investition kann uns niemand abnehmen, wir selbst haben sie zu geben. Auch die westliche Welt, zu deren Lebensordnung wir stehen, misst uns danach, wie wir als Bundesdeutsche uns zu Berlin verhalten. Gewinnt sie den Eindruck, wir wären gleichgültig, apathisch, desinteressiert, finden uns mit der Mauer ab, dürften die Impulse für eine Änderung erlöschen. Würde das Status quo-Denken vorherrschend werden. Im gegenseitigen Falle erwecken wir durch unser Verhalten Kräfte, auf die wir mit abgewiesen sind und mit denen wir hoffen können, Chruschtschows Spekulationen und Erwartungen hinsichtlich Deutschlands ein Ende zu bereiten. Dazu gehört:

Die Beseitigung des Lohn- und Gehaltsgefälles zwischen Westberlin und der Bundesrepublik;

eine stärkere Heranziehung junger Kräfte nach Westberlin;

erhöhte Aufträge für die Westberliner Industrie;

die finanzielle Förderung aller Maßnahmen, Westberlin zu einer Stätte internationaler Forschung zu machen;

die Freiheit der Zufahrtswege von und nach Berlin.

Gelingt es, diese Postulate als unabdingbare Bestandteile in ein mögliches Berlin-Abkommen einzubauen, wäre ein Stück Zukunft gewonnen. Darauf hat sich die deutsche Politik zu konzentrieren. Ein Abweichen davon würde Chruschtschows Anschauung bestärken und die westlichen Abwehrkräfte insgesamt schwächen. Dies zu verhindern, muss auf der Tagesordnung deutscher Politik bleiben.

Es kriselt in der Koalition

n-St. Vor vier Wochen, am 23. Januar dieses Jahres, beschloss die CDU-Fraktion des Bundestages "einmütig", die Bundesregierung zu ersuchen, den Trinkmilchpreis um 6 Pfennig auf 50 Pfennig pro Liter anzuheben, den Bundesausgleich für Trink- und Werkmilch zu verbessern und die Milchprämie von 3 Pfennig auf 4 Pfennig zu erhöhen. Das war ein Paukenschlag. Die Bauern sollten in die Arme der CDU/CSU zurückkehren. Die File schien den Landwirtschaftlichen CDU-Abgeordneten geboten, bevor die FDP einen entsprechenden Antrag formulierte und einbrachte. Das Wettrennen zwischen den former Koalitionsparteien um die Gunst der Bauern war damit eingeleitet.

Der CDU-Antrag liegt aber immer noch nicht beim Präsidenten des Bundestages vor. Warum wohl? Bundesernährungsminister Schwarz und viele CDU-Landesagrarminister bekamen kalte Füße. Sie rückten ganz offen von den Forderungen in dieser Form ab und versuchten sich, in gewandten Erklärungen, dem Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit anzupassen. Und der Arbeitnehmerflügel in der größten Regierungspartei ruckerte trotz Beschluss.

Der FDP-Koalitionspartner war in einer späteren überaus langen Presseerklärung auch nicht gerade von dieser Trinkmilchpreiserhöhung begeistert. Für die Erzeuger müssten nach ihrer Meinung mindestens 4 Pfennig herauspringen, in der CDU dagegen schienen 2 Pfennig angemessen zu sein. Die FDP sparte nicht mit dem Vorwurf an die CDU, dass sie zu konkret und nicht geschmeidig genug gewesen war. Für sie sei die Handelspolitik das wichtigste Instrument. Es war für den Bundesernährungsminister eine peinliche Situation, diesen Spektakel um die Milch gerade während der "Grünen Woche" bei der Anwesenheit vieler Agrarminister Europas zu erleben. Die Brüsseler Beschlüsse waren doch allen noch in guter Erinnerung.

In der letzten Woche haben zwei Ereignisse weitere Schatten auf den CDU-Antrag geworfen. Der CDU-Landwirtschaftsminister Kiermann von Nordrhein-Westfalen und in seiner Vertretung Staatssekretär Tillmann haben die landwirtschaftlichen Bundestagsabgeordneten aller Parteien ihres Landes

vergattern wollen, der Trinkmilchpreiserhöhung mit dem verbesserten Bundesausgleich geschlossen entgegenzutreten.

Das ist verständlich wenn man weiss, dass die Landtagewähler in diesem Lande vor der Tür stehen. Andererseits hat die Bundesregierung mit der Stimme des Herrn Schwarz und des agrarfreundlichen FDP-Finanzministers Starke den Grünen Plan 1962 beschlossen und am Freitag verkündet. Die von den Koalitionsparteien CDU-FDP gewünschte Präzisionserhöhung um 3 Pfennig fiel aus. Es blieb bei 5 Pfennig, wie bisher, und die Erklärungen des Ministers Schwarz vor dem Bundestag waren dazu auch nicht gerade ermutigend. Ernährungs- und Finanzminister waren sich einig, dass der Gesamtbetrag des Grünen Planes 1962 in Höhe von 2,06 Milliarden unverändert bleiben muss. Wer Änderungen wollte, müsse innerhalb der Einzelpositionen tauschen. Die Koalitionsparteien waren in arge Verlegenheit geraten. Man wollte "Berge versetzen", aber selbst das Müslein ist noch nicht in Sicht.

Inzwischen ist man auf die Suche nach Geld gegangen und dabei auf die sogenannte Eier- und Geflügelfleisch-Ausgleichsprämie - im Haushalt mit 150 Millionen DM eingeplant - gestossen. Öffentlich haben die Sucher nicht vergessen, dass Bundesernährungsminister Schwarz bei den Brüsseler Verhandlungen um die Erhaltung dieser Subvention verblissen und erfolgreich gekämpft hat. Das wird also auch nicht gehen. Andere Überlegungen treten in der CDU hinzu. Die Frage wird ventiliert: Hat man den sonst so geflügeligen Finanzminister etwa dadurch verärgert, dass man der FDP den Staatssekretärsposten im BEM vorzöhielt? Es werden schon Stimmen laut, der FDP trotz aller Bedenken diesen Posten zu überlassen, damit die Mittel wieder leichter fließen.

Wahrlich kein schönes Spiel! Wenn es nicht um unsere Landwirtschaft so ernste Sorgen gäbe, könnte man in dieser Karnevalszeit Verständnis dafür haben; aber anscheinend hat man immer noch nicht begriffen, dass keine Zeit mehr zu verpiampfern ist. Die Brüsseler Beschlüsse mahnen zur Eile und zur konstruktiven Arbeit.

+ +

Verantwortlich: A. V. Albert Exler